



Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik  
Duesseldorf Institute for Foreign and Security Policy

Heiko Borchert und Daniel Maurer

## Neuanfang, Baukasten oder Ablösung? Fünf Szenarien zur Zukunft der NATO

**DIAS ANALYSE**  
**Nr. 5 Januar 2004**

[www.dias-online.org](http://www.dias-online.org)

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.  
Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität  
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Heiko Borchert

ist Direktor für Sicherheit und Verteidigung am Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik und leitet ein Unternehmens- und Politikberatungsbüro mit den Schwerpunkten strategische Unternehmensführung, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie sicherheitspolitische Evaluationen. Er hat Internationale Beziehungen an der Universität St. Gallen studiert und dort mit einer Arbeit über Europas Sicherheitsarchitektur promoviert. Er hat am Zentrum für Vergleichende und Internationale Studien (ETH/Universität Zürich) gearbeitet und doziert regelmäßig an Universitäten und Hochschulen.

Heiko Borchert erreichen Sie über [borchert@dias-online.org](mailto:borchert@dias-online.org)

Daniel Maurer

ist seit 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Prospektivplanung im Planungsstab der Schweizer Armee. Er hat Politikwissenschaft, Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Staatsrecht an der Universität Zürich bzw. der ETH Zürich studiert sowie eine Studie zum europäischen Konfliktmanagement im ehemaligen Jugoslawien veröffentlicht.

Heiko Borchert und Daniel Maurer  
Neubeginn, Baukasten oder Ablösung? Fünf Szenarien zur Zukunft der NATO. DIAS-Analyse Nr. 5, Düsseldorf, 2004

Herausgeber  
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.  
Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität  
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

[www.dias-online.org](http://www.dias-online.org)

© 2004, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

## **Inhaltsverzeichnis**

Vierfache NATO-Transformation .....	5
Szenarien: Alternative Zukunftsbilder, keine Vorhersage .....	9
Szenario 1: Trilaterale Kooperation und der Triumph des Multilateralismus .....	10
Szenario 2: Pax Americana und die fragile unipolare Weltordnung.....	12
Szenario 3: Euromacht und der Erfolg des ausgewogenen Sicherheitsansatzes .....	16
Szenario 4: Wiedererstarkende nationale Souveränität und der europäische Stillstand .....	19
Szenario 5: Instabile Peripherie und die „Festung Europa“ .....	21
Schlussfolgerungen .....	24

*[In] four years this organisation has changed fundamentally. It truly is a new NATO. From Kosovo to Kabul in four years. In Iraq with Poland. Talking to China and Pakistan. Bringing inspiration and displaying the example of collective security to an envious world community. Maybe the most striking change in NATO is on display round this very table. Built for 11 Permanent Representatives, there are 26 Ambassadors with us today and in a few months we will be 26 equal, full members of the Council.*

Lord Robertson  
Abschiedsadresse an den Nordatlantikat, 17. Dezember 2003<sup>1</sup>

Die Auseinandersetzung um die Ausgestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur nach dem Ende des Kalten Krieges war in vielerlei Hinsicht eine Diskussion über die künftige Rolle der NATO. Obwohl einige Autoren der Ansicht waren, dass die Tage der NATO nach dem Untergang des Warschauer Pakts, der Auflösung der Sowjetunion und dem Wegfall der Bedrohung gezählt seien, erwies sich die transatlantische Allianz als ausserordentlich robust.<sup>2</sup> Aus der Sicht der meisten europäischen Staaten und der USA erschien sie als zentrale Garantin für Sicherheit und Stabilität in Europa und war damit zu wichtig, um mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) oder der Westeuropäischen Union (WEU) das Schicksal der Vernachlässigung bzw. der „Einschläferung“ zu teilen.

Nach 1990 haben sich die Rahmenbedingungen der Allianz in dreifacher Hinsicht wesentlich verändert: Erstens gilt es seit der Wende zwar als Gemeinplatz, dass Sicherheit heute neben militärischen auch politische, gesellschaftlich, ökonomische und ökologische Aspekte umfassen muss. Gleichwohl blieben die politischen und die institutionellen Konsequenzen, die aus dieser Einschätzung zu ziehen wären, bis heute aus. Die Ambivalenz im Umgang mit der Frage, welche Rolle die NATO künftig spielen soll, hängt unmittelbar mit dem ungeklärten Stellenwert der militärischen Streitkräfte in den internationalen Beziehungen des 21. Jahrhunderts zusammen.<sup>3</sup>

Diese Ambivalenz wird, zweitens, durch die zunehmende sicherheitspolitische Bedeutung der Europäischen Union (EU) verstärkt. Mit ihrem politische, wirtschaftliche, polizeiliche und militärische Instrumente umfassenden Sicherheitsansatz präsentiert die EU ein Sicherheitsmodell, das eine adäquatere Antwort auf die neuen Sicherheitsherausforderungen zu geben scheint als andere Institutionen. Die daraus potentiell resultierende Rivalität zwischen der EU und der NATO stellt eine neue Herausforderung dar, bei der es im Unterschied zur Zeit des Kalten Krieges

<sup>1</sup> <<http://www.nato.int/docu/speech/2003/s031217a.htm>> (Zugriff: 9. Januar 2004).

<sup>2</sup> Zur neorealistischen Allianztheorie als Grundlage dieser „Zerfallsprognose“ insbesondere: Stephen M. Walt, *The Origins of Alliances* (Ithaca, London: Cornell University Press, 1987); Stephen M. Walt, „Why Alliances Endure or Collapse“, *Survival* 39:1 (Spring 1997), S. 156-179; Kenneth N. Waltz, „The Emerging Structure of International Politics“, *International Security* 18:2 (Fall 1993), S. 44-79. Zur Erläuterung der „Überlebensprognose“ siehe insbesondere: Charles L. Glaser, „Why NATO is Still Best: Future Security Arrangements for Europe“, *International Security* 18:1 (Summer 1993), S. 5-50; Celeste A. Wallander, „Institutional Assets and Adaptability: NATO After the Cold War“, *International Organization* 54:4 (Autumn 2000), S. 705-736; Robert McCalla, „NATO’s Persistence after the Cold War“, *International Organization* 50:3 (Summer 1996), 445-476.

<sup>3</sup> Everts Steven und Gary Schmitt, „Is military power still the key to international security“, in *NATO Review Online* 4/2000, <<http://www.nato.int/docu/review/2002/issue4/english/debate.html>> (Zugriff: 8. Januar 2004).

nicht um den normativen Gegensatz zwischen West und Ost, sondern um die Zukunft der „innerwestlichen“ Beziehungen geht.<sup>4</sup>

Die „innerwestlichen“ Spannungen lenken, drittens, die Aufmerksamkeit auf die Außenpolitik der USA. Nicht erst seit dem Amtsantritt von George W. Bush steht ein Fragezeichen hinter dem US-amerikanischen Engagement in Europa und damit dem Stellenwert, den die USA der NATO beimessen. Dieses Fragezeichen resultiert aus der Tatsache, dass die Sicherheit Europas aus der Sicht der USA heute nicht mehr gefährdet ist: „As a strategic concern, Europe has moved from being the object of American policy to performing a supporting role.“<sup>5</sup> Geht es um die Bewältigung von Krisen in Europa, das hat bereits die Balkanpolitik der Administration Clinton deutlich gezeigt, dann sind zuerst die Europäer gefragt. Im Unterschied zu früheren Administrationen haben sich jedoch der Ton und der Stil der Zusammenarbeit seit 2001 grundlegend verändert. Die Anzeichen lassen eine Politik erkennen, bei der die langfristige, multilaterale Einbindung der USA durch eine stärkere Betonung der nationalen Interessen und einen instrumentellen Umgang mit den Verbündeten und den Internationalen Organisationen abgelöst wird.<sup>6</sup>

Vor diesem Hintergrund skizziert der vorliegende Aufsatz fünf Szenarien zur Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur und leitet daraus die Konsequenzen für die NATO ab. Wir beginnen unsere Analyse mit einer kurzen Skizze der Transformation der Aufgaben, der Struktur, der Mitglieder bzw. des Einsatzbereichs der Allianz seit 1990. Danach analysieren wir, wie sich die NATO-Aufgaben im Rahmen der fünf Szenarien verändern werden. Die Ausführungen werden verdeutlichen, dass beispielsweise die Bedeutung der Verteidigung, der internationalen Stabilisierungsoperationen oder des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus erheblich variieren kann. Die daraus resultierenden Zukunftsoptionen fassen wir zu drei Alternativen – Baukasten, Ablösung oder Neuanfang – zusammen. Welche dieser Optionen sich in der Realität durchsetzen wird, hängt wesentlich von der künftigen Qualität der transatlantischen Beziehungen ab. Deshalb zeigen wir zum Schluss auf, was getan werden muss, um diese kooperativ zu gestalten.

## Vierfache NATO-Transformation

Auf der Basis gemeinsamer Werte, d.h. dem Bekenntnis zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft, wurde die NATO 1949 als Verteidigungsbündnis im Rahmen von Art. 51 UN-Charta (Recht auf kollektive bzw. individuelle Selbstverteidigung) gegründet. Während des Kalten Krieges lag das Schwergewicht der Aufgaben vor allem bei der Verteidigung und der Abschre-

---

<sup>4</sup> Allerdings gibt es auch Autoren, die der Ansicht sind, dass es „den Westen“ nach den Ereignissen im Frühjahr 2003 nicht mehr gibt. Siehe beispielsweise: Vogel, Heinrich, „Das Ende des ‚Westens‘. Tabus in den transatlantischen Beziehungen“, *Internationale Politik* 58:6 (Juni 2003), S. 27-34.

<sup>5</sup> Ivo H. Daaler, „The End of Atlanticism“, *Survival* 45:2 (Summer 2003), S. 147-166, hier S. 150.

<sup>6</sup> *The National Security Strategy of the United States of America* (Washington, D.C.: White House, 2002) <<http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf>> (Zugriff: 8. Januar 2004). Kritisch dagegen: G. John Ikenberry, *After Victory: Institutions, Strategic Restraint, and the Rebuilding of Order After Major Wars* (Princeton: Princeton University Press, 2001); G. John Ikenberry, „America’s Imperial Ambition“, *Foreign Affairs* 81:5 (September/October 2002); Julian Lindley-French, *Terms of engagement. The paradox of American power and the transatlantic dilemma post-11 September*, Chaillot Papers No. 52 (Paris: EU Institute for Security Studies, 2002); Joseph S. Nye, *The Paradox of American Power. Why the World’s Only Superpower Can’t Go It Alone* (New York: Oxford University Press, 2002); Stewart Patrick, „Multilateralism and Its Discontents: The Causes and Consequences of U.S. Ambivalence“, in Stewart Patrick and Shepard Foreman (eds.) *Multilateralism and U.S. Foreign Policy* (Boulder, London: Lynne Rienner Publishers, 2002), S. 1-44.

ckung gegenüber dem Warschauer Pakt. Seit 1990 haben sich die Aufgaben, die Struktur, die Zahl der Mitglieder und der geografische Einsatzbereich der NATO grundlegend verändert.<sup>7</sup>

## Aufgaben

Der Kernauftrag der kollektiven Verteidigung ist innerhalb der transatlantischen Gemeinschaft nach 1990 in den Hintergrund gerückt, begründet jedoch noch immer die „raison d'être“ der Allianz. Vielfältige neue Aufgaben sind hinzugekommen (Abbildung 1). Vor allem durch das Engagements auf dem Balkan – Durchsetzung von UN-Sanktionen während der Kampfhandlungen, Umsetzung des Abkommens von Dayton, militärische Intervention (Kosovo) – ist die NATO in die Bereiche des Krisenmanagements, der Friedenserhaltung bzw. des Friedensaufbaus und der Friedenserzwingung vorgestossen. Im Zusammenhang mit dem internationalen Kampf gegen den Terrorismus<sup>8</sup> sowie der Unterbindung der Weitergabe von Massenvernichtungswaffen (MVW) und anderem Kriegsgerät haben die Stabilisierungsoperationen in bisherigen „out of area“-Gebieten (z.B. Afghanistan und Irak) an Bedeutung gewonnen. Es zeichnet sich ab, dass die USA auf eine stärkere Einbindung der NATO in diesen Bereichen drängen.<sup>9</sup>

### Verteidigung

Konventionelle Verteidigung, nukleare Verteidigung, Raketenabwehr<sup>10</sup>

### Internationale Stabilisierungsoperationen

Humanitäre Hilfe, Rettung, Friedenserhaltung, Krisenmanagement, Friedenerzwingung bzw. Intervention, Friedensaufbau

### Kampf gegen den Terrorismus

Nachrichtendienstliche Zusammenarbeit, Überwachungs-/Aufklärungsmissionen (See, Luft, Land), Polizeimassnahmen (z.B. Verhaftung verdächtiger Personen), Anti-Terror Operationen

### Non-Proliferation

Beiträge zu internationalen Rüstungskontrollregimes, Verhinderung der Weitergabe von Massenvernichtungswaffen, Verhinderung der Weitergabe kleiner und leichter Waffen

### Interoperabilität

Transformation, Verteidigungsplanung (inkl. Nuklearaspekte, MAP und PARP), Rüstungskooperation, Standardisierung, Training und Übungen, demokratische Kontrolle der Streitkräfte

### Unterstützung ziviler Behörden

Zivil-militärische Koordination des Luftraums, zivile Notfallplanung, Bewältigung der Folgen von Schadenereignissen (Consequence Management), Grenzschutz

### Kooperationsprogramme

Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Umwelt und Gesellschaft, NATO-Russland-Kooperation, NATO-Ukraine-Kooperation, Partnerschaft für den Frieden, Euroatlantischer Partnerschaftsrat, Südosteuropainitiative, Mittelmeerdialog

Abbildung 1: NATO-Aufgaben

<sup>7</sup> Anstelle vieler: David S. Yost, *NATO Transformed. The Alliance's New Roles in International Security* (Washington, D.C.: USIP Press, 1998); Stanley R. Sloan, *NATO's Future: Beyond Collective Defense*, McNair Paper 46 (Washington, D.C.: National Defense University, 1995).

<sup>8</sup> Tom Lansford, *All for One: Terrorism, NATO and the United State* (Burlington: Ashgate, 2002), Christopher Bennett, „Combating terrorism,” *NATO Review Online* 1/2003, <<http://www.nato.int/docu/review/2003/issue1/english/art2.html>>; Osman Yavuzalp, „Working with Partners to fight terrorism,” *NATO Review Online* 1/2003, <<http://www.nato.int/docu/review/2003/issue1/english/art3.html>> (Zugriff: 8. Januar 2004).

<sup>9</sup> Mark Mathew, and Tom Bowman, „U.S. might ask NATO to take over Control of Iraq occupation. Administration seeking to cut American presence,” *The Baltimore Sun* 9 July 2003, <<http://www.sunspot.net/news/nationworld/iraq/bal-te.troops09jul09,0,5504250.story?coll=bal-home-headlines>> (Zugriff: 8. Januar 2004).

<sup>10</sup> NATO Missile Defence Advances. New Missile Defence Feasibility Study Reaches Major Milestone, PR(2003) 069, 12 June 2003, <<http://www.nato.int/docu/pr/2003/p03-069e.htm>> (Zugriff: 8. Januar 2004).

Um diese vielfältigen Aufgaben wahrnehmen zu können, rückte die Fähigkeit zur militärischen Zusammenarbeit verstärkt ins Blickfeld. Für das Funktionieren des Bündnisses spielen die Standardisierung und die Gewährleistung der Interoperabilität – heute verfügt die NATO über 1'300 Standardisierungsdokumente<sup>11</sup> – eine besondere Rolle. Die Fähigkeit zur Zusammenarbeit wurde allerdings in den 90er Jahren durch die Differenzen in der Weltsicht (pointiert zugespitzt in Kagans „Mars vs. Venus“-Analyse),<sup>12</sup> die unterschiedlichen Risikobeurteilungen, das diesseits und jenseits des Atlantiks divergierende Investitionsverhalten sowie die daraus resultierenden Fähigkeitslücken erschwert. Konkrete Initiativen sind lanciert worden, um die erkannten Defizite zu beheben (Defence Capability Initiative, DCI; Prague Capabilities Commitment, PCC) und die Streitkräfteentwicklung über einen gemeinsamen Prozess zur Vorbereitung auf die Mitgliedschaft (Membership Action Plan, MAP) sowie einen Planungs- und Überprüfungsmechanismus (Planning and Review Process, PARP) zu verstärken. Zu diesem Zweck wurden die militärische und die politische Zusammenarbeit auf alle interessierten OSZE-Staaten ausgeweitet, wobei die Kooperation mit einzelnen Ländern (Russland, Ukraine) bzw. Regionen (Südosteuropa, Mittelmeerraum) im Rahmen spezifischer Programme besonderes gefördert wird.

## Struktur

Die Struktur der NATO wurde dem neuen Aufgabenspektrum, der Ausrichtung auf die Krisenherde im Balkan sowie der verstärkten Zusammenarbeit mit der WEU/EU angepasst. Mitte der 90er Jahre wurde die Entscheidung zugunsten „trennbarer, aber nicht getrennter“ Fähigkeiten und Strukturen beschlossen sowie im Rahmen des Berliner Beschlusses für Combined Joint Forces (CJTF) umgesetzt.<sup>13</sup> Die 1999 in Kraft getretene Reform reduzierte die Zahl der Kommandoebenen (drei statt vier), der Regionen im Kommandobereich Europa (zwei statt drei), der Hauptquartiere (20 statt 65) und den Personalumfang. Die mit dieser Reform eingeführte Kommandostruktur wurde jedoch im Verlauf des Jahres 2002 – und damit deutlich vor der geplanten Realisierung im März 2003 – bereits wieder revidiert.

Die Strukturreform, die mit dem Gipfel von Prag 2002 verabschiedet worden ist, führt die NATO in ein neues Zeitalter. Künftig wird nicht mehr zwischen regionalen, sondern zwischen funktionalen Kommandobereichen unterschieden. Dem bisherigen Kommandobereich Europa (neu Allied Command Operation, ACO) fällt dabei die Aufgabe der Vorbereitung und der Durchführung aller Operationen zu, während der bisherige Kommandobereich Atlantik (neu Allied Command Transformation, ACT) für die Transformation der NATO-Streitkräfte und die Steuerung bzw. die Förderung der Interoperabilität in Abstimmung auf die geforderten Fähigkeiten verantwortlich zeichnet.<sup>14</sup>

---

<sup>11</sup> Torsten Bahke, „Standardisierung militärischer Ausrüstung – eine europäische Aufgabe“, in Karl von Wogau Karl (Hrsg.), *Auf dem Weg zur Europäischen Verteidigung*, (Freiburg: Herder, 2003), S. 302-318, hier S. 304.

<sup>12</sup> Robert Kagan, *Of Paradise and Power. America and Europe in the New World Order* (New York: Knopf, 2003); Robert Kagan, „Power and Weakness,” *Policy Review* 113/2002, S. 3-28 <<http://www.policyreview.org/JUN02/kagan.html>> (Zugriff: 8. Januar 2004). Siehe hierzu auch: „Gulliver vs. Liliput: Stellungnahmen zum Stand der transatlantischen Beziehungen“, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 47:11 (November 2002), S. 1345-1364.

<sup>13</sup> Stanley R. Sloan, *Combined Joint Task Forces (CJTF) and New Missions for NATO* (Washington, D.C.: Congressional Research Service, 1995); Charles Barry, „NATO's Combined Joint Task Forces in Theory and Practice,” *Survival* 38:1 (Spring 1996), S. 81-97; Yost, *NATO Transformed*, S. 199-205.

<sup>14</sup> Die Ausführungen basieren auf: Klaus Wiesmann, *Die vielleicht letzte Chance der NATO. Die Umsetzung der Prager Gipfelentscheidungen* (Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003), S. 13-14; 19-20.

Parallel zum Umbau der Struktur wurde ebenfalls in Prag der Aufbau einer neuen Schnell-eingreiftruppe der NATO (NATO Response Force, NRF) beschlossen. Diese soll mit einem Umfang von ca. 21'000 Mann innerhalb von fünf bis 30 Tagen für die Dauer eines Monats ohne weitere Unterstützung einsetzbar sein und risikoreiche Operationen im oberen Anforderungsspektrum durchführen.<sup>15</sup> Zu diesem Zweck ist das Prague Capabilities Commitment auf spezifische Bereiche wie

- die Verbesserung des Schutzes (defending against CBRN attacks),
- die Führungsfähigkeit (ensuring command and control and information superiority),
- die Verlegefähigkeit (ensuring rapid deployment and sustainment of combat forces) und
- die Wirksamkeit im Einsatz (improving interoperability of deployed forces and key aspects of combat effectiveness) ausgerichtet worden.<sup>16</sup>

Ob die Arbeit an der NRF die europäischen Staaten dazu befähigen wird, sich über spezifische Fähigkeiten in US-geführte Operationen „einklinken“ zu können (Spearhead Force),<sup>17</sup> oder ob die Rivalität zwischen NRF und europäischer Schnelleingreifkraft (ERRF) im Endeffekt die Allianz spaltet, wird die Zukunft zeigen.

## Mitglieder

Die Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO war neben dem Engagement auf dem Balkan das Kernthema der NATO-Reform während der 90er Jahre.<sup>18</sup> Von den Befürwortern wurde bzw. wird dieser Schritt als effektiver und effizienter Beitrag zur strukturellen Konfliktprävention dargestellt, indem die Kandidaten durch die Aussicht auf Integration in die Allianz zu internen Reformen angehalten werden, die sich am Leitbild der rechtstaatlichen Demokratie euro-atlantischer Prägung orientieren. Die Gegner wandten ein bzw. argumentieren, dass die Aufnahme von Staaten, die entweder in geostrategisch kritischen Regionen liegen bzw. über inadäquate militärische Fähigkeiten und instabile politisch-wirtschaftliche Systeme verfügen, langfristig zur Schwächung

<sup>15</sup> Prague Summit Declaration, Press Release (2002)127, Prague, 21 November 2002, Para. 4a, <<http://www.nato.int/docu/pr/2002/p02-127e.htm>> (Zugriff: 8. Januar 2004). Siehe auch: Assembly of WEU, *The EU headline goal and the NATO Response Force (NRF)*, A/1825, 3 June 2003, Para. 22-35 <[http://www.assembly-weu.org/en/documents/sessions\\_ordinaires/rpt/2003/1825.pdf](http://www.assembly-weu.org/en/documents/sessions_ordinaires/rpt/2003/1825.pdf)> (Zugriff: 8. Januar 2004); Ronja Kempin, *The New NATO Response Force: Challenges for and Reactions from Europe*, Working Paper (Copenhagen: COPRI, 2002); Gunter Hauser, „Die Transformation der NATO und die neue Streitkräftestruktur“, *Österreichische Militärische Zeitschrift* 41:1 (Januar/Februar 2003), S. 79-81.

<sup>16</sup> Hans-Dieter Jandrey, „Die Fähigkeitsinitiativen der NATO“, *Europäische Sicherheit* 52:3 (März 2003), S. 54-59.

<sup>17</sup> Hans Binnendijk and Richard Kugler, „Transforming European Forces,“ *Survival* 44:3 (Autumn 2002), S. 117-132.

<sup>18</sup> Gute Einblicke in die Debatte der ersten Erweiterungsrunde vermitteln: Ronald D. Asmus, *Opening NATO's Door. How the Alliance Remade Itself for a new Era* (New York: Columbia University Press, 2002). Ted Calen Carpenter and Barbara Conry (eds.), *NATO Enlargement: Illusions and Reality* (Washington, D.C.: Frank Cass, 2001); James M. Goldgeier, *Not Whether but When. The U.S. Decision to Enlarge NATO* (Washington, D.C.: Brookings, 1999); Gerald B. Solomon, *The NATO Enlargement Debate, 1990-1997. Blessings of Liberty* (Westport, London: Praeger Publishers 1998); August Pradetto (Hrsg.), *Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1997). Zu den Herausforderungen der zweiten Erweiterungsrunde siehe insbesondere: Peter Schmidt, *Die nächste Runde der NATO-Erweiterung. Ziele, Kandidaten Bedingungen* (Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2001); Karl-Heinz Kamp, „Die Bedeutung der zweiten NATO-Osterweiterung“, in Erich Reiter (Hrsg.), *Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2003* (Hamburg: Mittler, 2003), S. 407-420; Thomas S. Szayna, *NATO Enlargement 2000-2015. Determinants and Implications for Defense Planning and Shaping* (Santa Monica: RAND, 2001).

der Allianz beitragen wird.<sup>19</sup> Im Wettstreit dieser beiden Schulen hat sich die erste Position durchgesetzt. 1999 sind während der NATO-Intervention im Kosovo die drei Neumitglieder Polen, Ungarn und die Tschechische Republik aufgenommen worden. Diesen sollen 2004 sieben weitere (Estland, Lettland, Litauen, Slowakei, Slowenien, Bulgarien und Rumänien) folgen.

## Einsatzbereich

Der Einsatzbereich der NATO dehnte sich durch die Operationen auf dem Balkan zuerst in Europa aus, indem Regionen ausserhalb des bisherigen Einsatzgebietes bearbeitet worden sind. Seit den schrecklichen Ereignissen des 11. Septembers, die erstmals die Auslösung des NATO-Bündnisfalls zur Folge hatten, haben der Kampf gegen den internationalen Terrorismus und die Übernahme neuer Aufgaben zur regionalen Stabilisierung in Afghanistan sowie, wenn auch erst als „Subunternehmer“ zur Unterstützung Polens, im Irak die „out of area“-Debatte beendet.<sup>20</sup> Damit wird die NATO immer mehr zu einem international einsetzbaren Instrument der Sicherheitspolitik. Offen bleibt zumindest im Moment die Frage, welche Leitideen diesen Einsatz prägen werden.

## Szenarien: Alternative Zukunftsbilder, keine Vorhersage

Szenarien zeigen auf, welche Situationen künftig möglich sind und welche Entwicklungen dazu führen können. Dadurch leisten sie einen Beitrag, um die Unvorhersehbarkeit künftiger Entwicklungen zu bewältigen. Im Unterschied zu Prognosen, die lediglich die Vergangenheit in die Zukunft fortschreiben, identifizieren Szenarien die Schlüsselfaktoren der zu untersuchenden Entwicklung, analysieren die Wechselwirkungen zwischen diesen und zeigen dadurch alternative Zukunftsbilder auf.<sup>21</sup>

Die folgenden fünf Szenarien, die auf der Basis von gut drei Dutzend Einflussfaktoren bestimmt wurden, befassen sich mit möglichen Entwicklungsoptionen der europäischen Sicherheit bis ins Jahr 2020.<sup>22</sup> Die Einflussfaktoren beschreiben einerseits die Rahmenbedingungen europäischer Sicherheit wie die Rolle der europäischen Sicherheitsorganisationen sowie das Verhalten wichtiger staatlicher (z.B. USA, Russland, Türkei) und nicht-staatlicher Akteure (z.B. Nichtregierungsorganisationen). Andererseits wurden EU-spezifische Merkmale wie die geografische Ausdehnung der EU, die europäischen Interessenregionen, die institutionelle Entwicklung, die Ko-

<sup>19</sup> Der Hinweis auf den Widerstand Russlands gegen die Osterweiterung und die potentiell destabilisierenden Auswirkungen auf die europäische Sicherheitsarchitektur hat spätestens seit dem Prager NATO-Gipfel an Bedeutung verloren.

<sup>20</sup> So auch: Michael Rühle, „NATO after Prague: Learning the Lessons of 9/11,“ *Parameters* 33:2 (Summer 2003), S. 89-97, hier S. 93 f.; Lord Robertson, „NATO after the Prague Summit,“ Rede vor der Konrad-Adenauer-Stiftung, 12. Dezember 2002, <<http://www.nato.int/docu/speech/2002/s021212a.htm>> (Zugriff: 8. Januar 2004). Zur globalen Rolle der Allianz: Steve Larrabee and François Heisbourg, „How global a role can and should NATO pursue?“ *NATO Review Online* 1/2003, <<http://www.nato.int/docu/review/2003/issue1/english/debate.html>> (Zugriff: 8. Januar 2004).

<sup>21</sup> Hans Georg Graf, *Globale Szenarien – Megatrends im weltweiten Kräftespiel* (Zürich: Verlag NZZ, 2000); Ute von Reibnitz, *Szenariotechnik. Instrumente für die unternehmerische und persönliche Erfolgsplanung* (Wiesbaden: Gabler, 1991).

<sup>22</sup> Siehe alternativ: Franco Algieri, Janis A. Emmanouilidis, Roman Maruhn, „Europa differenziert denken. Fünf Szenarien zur Zukunft der Europäischen Union“, in Reiter, *Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2003*, S. 197-212; *Scenarios 2010. Five Possible Futures for Europe* (Brussels: Forward Studies Unit, 1999); Adrian Hyde-Price, *European Security beyond the Cold War. Four Scenarios for the Year 2010* (London: Sage, 1991).

operationsbeziehungen zu Drittstaaten/-organisationen sowie die Entwicklung des militärischen und nicht-militärischen Aufgabenspektrums zu einer zweiten Gruppe zusammengefasst. Daneben sind sicherheitspolitisch relevante Langfristentwicklung aus den Bereichen Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Technologie und Ökologie in die Betrachtung eingeflossen.

## **Szenario 1: Trilaterale Kooperation und der Triumph des Multilateralismus**

Kernmerkmal dieses Szenario sind das klare Bekenntnis der Staaten zum Multilateralismus und dessen aktive Umsetzung. Diese Grundeinstellung stärkt die internationalen Institutionen. Wesentliche Voraussetzung dafür ist die enge Zusammenarbeit zwischen den USA, der EU und Russland. Diese drei Hauptakteure schliessen sich über die Zusammenlegung von NATO und OSZE in der Nordhemisphärischen Allianz (NHA) zusammen, um weltweit Stabilität und Wohlfahrt zu gewährleisten. Von der fruchtbaren Zusammenarbeit in der NHA profitiert vor allem die UNO. Diese wird weitreichend reformiert, so dass sie ihre globalen Aufgaben effizient und zielorientiert wahrnehmen kann. Als wichtiges Koordinationsforum zwischen den Mitgliedern der NHA und anderen Ländern bzw. anderen regionalen Organisationen trägt die UNO dazu bei, dass der regionale Multilateralismus die globale Zusammenarbeit stärkt.

Stabilität kennzeichnet die internationalen Beziehungen. Die USA, die EU und Russland sind mittels der NHA bzw. der UNO fähig, präventiv auf Konflikte einzuwirken und das Entstehen von Kriegen weitgehend zu verhindern. Positive Impulse zum Ausbau der Konfliktprävention gehen ferner von der aktiven Rolle nicht-staatlicher Akteure aus. Insbesondere im Vorfeld möglicher Konflikte sind sie in der Lage, mässigend auf die Konfliktparteien einzuwirken und versorgen die internationale Gemeinschaft mit wichtigen Frühwarninformationen.

Der politische Integrationsgrad der EU ist relativ hoch. Zwar dominiert der Ministerrat, doch die Kommission und das Europäische Parlament erhalten weiterreichende Mitentscheidungsrechte. Die Entscheidungsverfahren werden vereinfacht (keine Einstimmigkeit), und der von den Staaten gewählte Ratspräsident vertritt die EU nach aussen. Die Union umfasst das Baltikum, den Balkan, Malta, Zypern und zählt 35 Mitgliedstaaten. Im Mittelmeerraum unterhält sie enge Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere mit der Türkei, Israel, Ägypten und Algerien. Zudem misst die EU dem Nahen und Mittleren Osten, dem Kaukasus und Zentralasien grosse Bedeutung bei. Dank der guten trilateralen Zusammenarbeit können in diesen Regionen substanzielle politische Fortschritte erzielt werden.

Die Friedensmacht EU setzt gleichermassen auf zivile und militärische Fähigkeiten, die sie auch der NHA zur Verfügung stellt. Die 200'000 Mann starke europäische Eingreiftruppe kann weltweit für humanitäre Einsätze und Rettung, Krisenmanagement, Friedenserhaltung bzw. Friedenserzwingung sowie zur Verteidigung eingesetzt werden kann und erbringt innerhalb der EU Assistenzeinsätze zugunsten ziviler Behörden. Die zivilen Fähigkeiten werden in den Bereichen des institutionellen Wiederaufbaus, der Polizei, der Justiz sowie der Reform des öffentlichen Sektors über Ressourcenpools gebündelt, und die Finanzierung der entsprechenden Aktivitäten erfolgt über ein EU-Sicherheitsbudget. Zudem kooperiert die EU in der Entwicklungspolitik eng mit der UNO.

## **Konsequenz: Neuerfindung der NATO als Nordhemisphärische Allianz**

Durch die „Trilateralen Kooperation“ wird die Forderung nach einem „new transatlantic bargain“<sup>23</sup> inhaltlich, geografisch und institutionell auf ein völlig neues Fundament gestellt. Der Zusammenschluss von NATO und OSZE zur NHA schafft eine neue Organisation, die über substanzielle hard und soft power-Fähigkeiten verfügt. Die Einbettung der EU in die NHA rundet dieses Bild vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht ab.

Die Bedeutung des *kollektiven Verteidigungsauftrags* verändert sich vor diesem Hintergrund grundlegend. Der Aufbau der NHA schafft de facto eine subregionale Organisation kollektiver Sicherheit, die die gesamte nördliche Halbkugel umfasst. In der Kernregion der NHA, dem Gebiet der „alten“ NATO/EU sowie der neuen EU-Beitrittskandidaten, fällt die Bedeutung der Verteidigung noch hinter die bereits heute als tief eingestufte Relevanz zurück. Verantwortlich dafür ist die aussenpolitisch betriebene strukturelle Prävention. Diese trägt dazu bei, dass jene Länder, die aktuell ein Risiko für die euro-atlantische Region darstellen (z.B. durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen), politisch und wirtschaftlich stabilisiert werden, so dass die Kernursachen der Gewaltbereitschaft behoben werden. In den übrigen Regionen, vor allem im Kaukasus und in Zentralasien, wo die NHA neu an Regionen potentieller Instabilität bzw. an aufstrebende und teilweise konkurrierende Regionalmächte grenzt (z.B. Pakistan, Indien, China), bleibt der Verteidigungsauftrag als „Kitt“ zwischen den Staaten und als Rückversicherung gegenüber den neuen Nachbarn weiterhin wichtig. Diese Überlegung verdeutlicht allerdings auch, dass die NHA die Anforderungen an das strategische Denken und Handeln ihrer Mitglieder wesentlich erhöhen wird.<sup>24</sup>

Ähnlich fällt auch die Einschätzung für die *internationalen Stabilisierungsoperationen* aus. Diese bleiben wichtig, doch verschieben sich die Schwerpunkte in zweierlei Hinsicht. Erstens wird Stabilität im Rahmen der „Trilateralen Kooperation“ in erster Linie politisch und wirtschaftlich gewährleistet. Sind militärische Mittel erforderlich, dann wird sich deren Einsatz innerhalb der NHA vor allem auf die Friedenserhaltung und den Friedensaufbau in den NHA-Randregionen konzentrieren. Militärisches Krisenmanagement sowie Interventionen sind, zweitens, vor allem ausserhalb der NHA in jenen Regionen denkbar, in die die NHA über ihre politischen und wirtschaftlichen Kooperationsprogramme bislang noch keine Stabilität projizieren konnte.

Die Bekämpfung des *internationalen Terrorismus* kann als Querschnittsaufgabe aus dem Spektrum des Verteidigungs- und des Stabilisierungsauftrags interpretiert werden. Im Vergleich zu heute wird die Brisanz dieses Auftrags im Rahmen der „Trilateralen Kooperation“ wesentlich abnehmen, weil die politischen und wirtschaftlichen Ursachen erfolgreich bekämpft werden können. Die enge Zusammenarbeit zwischen den USA, der EU und Russland ermöglicht vor allem mit Blick auf gescheiterte (Failed States) bzw. autoritäre Staaten in Afrika, der arabischen Welt sowie in Zentralasien sichtbare Fortschritte bei der Demokratisierung und der wirtschaftlichen Entwicklung. Im Übrigen trägt die Funktionsfähigkeit der Internationalen Organisationen dazu bei, dass präventiv wirkende Programme auch in jene Winkel des Globus ausstrahlen, die die

---

<sup>23</sup> Andrew Moravcsik, „Striking a New Transatlantic Bargain,” *Foreign Affairs* 82:4 (July/August 2003), S. 74-89, Stanley R. Sloan, *NATO, the European Union, and the Atlantic Community. The Transatlantic Bargain Reconsidered* (Lanham: Rowman & Littlefield, 2003), S. 217-227.

<sup>24</sup> Siehe zu dem sich anbahnenden NATO-China-Dialog: Zuquian Zhang, „Beijing calling“, NATO Online Review 3/2003 <<http://www.nato.int/docu/review/2003/issue3/english/special.html>> (Zugriff: 9. Januar 2004).

NHA nicht selbst erreicht. Dadurch gelingt es auch, die internationalen Bemühungen zur Verhinderung der *Proliferation* von Massenvernichtungswaffen (MVW) oder leichter Waffen systematisch auf langfristig ausgerichtete Programme zur Entwicklungshilfe und zur Demokratisierung auszurichten bzw. miteinander zu verbinden. Als Regionalorganisation spielt die NHA dabei eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der UNO, ihrer Sonderorganisationen sowie der entsprechenden internationalen Regime, die in diesem Szenario reibungslos funktionieren.

Die Neugewichtung der militärischen Aufträge wirkt sich auf die Bemühungen zur Gewährleistung der *Interoperabilität* aus. Im Vergleich zu heute kann diese aufgrund des Zusammenschlusses von OSZE und NATO in der NHA sowie der engen Kooperation mit der EU viel umfassender verstanden werden und dürfte den gesamten Sicherheitssektor – d.h. die Sicherheitskräfte, die jeweiligen Organisationen sowie die zuständigen politischen Aufsichtsgremien – umfassen. Im militärischen Aufgabenspektrum ist von der stärkeren Gewichtung der prioritären Bereiche der Friedenserhaltung sowie des Friedensaufbaus auszugehen. In diesem Zusammenhang wird die Übernahme „normaler“ und „robuster“ Polizeifunktionen zur regionalen Stabilisierung eine Schlüsselrolle spielen und die Erarbeitung gemeinsamer Standards (Doktrin, Planung, Einsatz, Personal, Ausrüstung) erfordern. In Analogie zur Funktion, die die Partnerschaft für den Frieden (PfP) heute mit Blick auf die Heranführung der ehemals kommunistischen Länder an die NATO erfüllt, wird die Standardisierung im Umgang mit den neuen Nachbarregionen der NHA bedeutender. Dabei wird das gemeinsame Krisenmanagement im Vordergrund stehen.

Weil die Polizeifunktion in diesem Szenario eine wichtige Rolle spielt, ist es grundsätzlich möglich, dass die NHA *Unterstützungsleistungen zugunsten ziviler Behörden* erbringt. Diese dienen in erster Linie dem Stabilitätsexport. Allerdings sieht die Szenariobeschreibung vor, dass militärische Streitkräfte innerhalb Europas vor allem durch die EU eingesetzt werden (z.B. Assistenzeinsätze zur Bewältigung der Folgen von Naturkatastrophen). Es ist deshalb anzunehmen, dass sich der Schwerpunkt solcher Unterstützungsleistungen von der NHA zur EU verschieben wird. In Anbetracht der reibungslosen Zusammenarbeit zwischen NHA und EU ist die Frage der institutionellen Zuständigkeit jedoch weniger bedeutend als in der Gegenwart.

Die umfassende geografische Ausdehnung macht es erforderlich, die *Kooperationsprogramme* inhaltlich und geografisch anzupassen. Die neuen Inhalte haben wir oben angesprochen. Mit Blick auf die neuen Kooperationsregionen kommen neben Nordafrika und dem Nahen bzw. Mittleren Osten (inkl. Golfregion) auch der übrige afrikanische Kontinent sowie Asien in Frage. In allen Fällen profitiert die NHA davon, dass bisherige Programme der NATO und der OSZE zusammengelegt und inhaltlich weitgehend mit der EU abgestimmt werden können.<sup>25</sup>

## **Szenario 2: Pax Americana und die fragile unipolare Weltordnung**

In diesem Szenario ist die Vormachtstellung der USA massgebend. Als Hegemon mit solidem Wirtschaftswachstum und sehr umfassenden militärischen Fähigkeiten dominieren die USA die

---

<sup>25</sup> Die Mittelmeerkooperationspartner der OSZE umfassen Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien. Der Mittelmeerdialog der NATO schliesst zusätzlich noch Mauretanien ein. Der Barcelona-Prozess der EU berücksichtigt neben den OSZE-Mittelmeerkooperationspartnern auch die Palästinensische Autonomiebehörde, Libanon, Syrien, die Türkei, Zypern und Malta. Zudem unterhält die EU einen komplementären Prozess zur Friedensförderung im Mittleren Osten und entsprechende Beziehungen zu Ländern in der Golfregion.

internationalen Beziehungen. Washington verfolgt die Politik des „samtenen Unilateralismus“, d.h. seine Aussenpolitik berücksichtigt die internationalen und die regionalen Organisationen solange diese der Erreichung der US-Interessen dienen. Washington setzt weltweit auf ein gut ausgebautes Netz bilateraler Beziehungen und situationsspezifischer Bündnisse. In Europa zählen vor allem Grossbritannien, Spanien, Italien und die Türkei zu den engen US-Verbündeten. Die strategische Partnerschaft mit Moskau unterstützt die Wirtschaftsreform Russlands (inkl. WTO-Beitritt), sichert Washington den Zugang zu den russischen Energievorkommen und dient als Gegengewicht zu China.

Die sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen den USA und den EU-Staaten sind angespannt. Die militärische Stärke, der Anstieg des Verteidigungshaushalts und der militärtechnologische Fortschritt erlauben die Kriegführung auf Distanz und reduzieren die Abhängigkeit der USA von Drittstaaten (z.B. für Stützpunkte). Der US-Unilateralismus ruft weltweit Kritik hervor und führt zu terroristischen Anschlägen gegen US-Einrichtungen, die Washington mit Präemptivschlägen beantwortet. Dieses Verhalten stellt die Europäer vor eine Zerreisprobe und beeinträchtigt die Handlungsfähigkeit der EU. Die Europäer kritisieren zwar die USA, doch die Union ist zu schwach, um einen Gegenpol zu bilden.

Die 60'000 Mann starke EU-Eingreifkraft kann lediglich für humanitäre Aufgaben, Rettung und zur Friedenserhaltung eingesetzt werden. Daher bleibt die EU auf die NATO angewiesen, die jedoch über die US-Streitkräftetransformation zu einer globalen Interventionsstreitmacht umgebaut wird. Robuste Einsätze müssen von den USA ausgeführt werden. Im Unterschied dazu verfügt die EU im zivilen Bereich über einen Polizeipool, und die Expertendatenbanken von EU, UNO und OSZE werden zusammengelegt. Das erleichtert die Vorbereitung und die Durchführung gemeinsamer Missionen, deren Wirkung jedoch durch den Dissens mit Washington – z.B. in Fragen des Vorgehens im Nahen und Mittleren Osten – konterkariert wird.

Mit Verzögerung nimmt die EU die zehn heutigen Beitrittskandidaten auf. Die 2. Säule der EU bleibt weiterhin intergouvernemental organisiert und wird vom Ministerrat dominiert. Dieser entscheidet mit qualifizierter Mehrheit im Bereich der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP). Fragen mit militärischem Bezug unterliegen dagegen weiterhin dem Erfordernis der Einstimmigkeit. Der von den EU-Mitgliedern gewählte Ratspräsident ist für die Aussenpolitik zuständig und vertritt die EU in der UNO, nicht jedoch in der NATO. Diese künstliche Trennung schwächt die EU-Sicherheitspolitik, entspricht jedoch dem Wunsch der meisten EU-Mitglieder, denn diese sehen in der NATO bzw. in den guten bilateralen Beziehungen zu Washington die Garantie für Sicherheit und Stabilität.

### **Konsequenz:**

### **„NATO-Baukasten“ zur Fortsetzung der US-Streitkräfte- transformation mit anderen Mitteln**

Im unipolaren Szenario der „Pax Americana“ verändert die NATO ihren Charakter grundsätzlich. Aus dem Instrument der gemeinsamen Verteidigung, der Friedenssicherung und des Krisenmanagements wird ein Instrument zur Unterstützung der US-amerikanischen Sicherheitspolitik bzw. ihrer Streitkräftetransformation. Als verlängerter Arm der USA wird die NATO zu einem Baukasten umgebaut, aus dem sich die militärisch Willigen und Fähigen für entsprechende Koalitionen bedienen können.

Der *Verteidigungsauftrag* der NATO bleibt erhalten, doch bestehen in diesem Szenario Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit. Innerhalb der NATO verlagern sich die Schwergewichte durch den NRF-Einsatz in den Bereich der Interventionen im oberen Anforderungsbereich (High Intensity Warfare), die USA richten ihren Blick verstärkt auf den Pazifik, und die europäischen Fähigkeitslücken können nicht behoben werden, so dass die Abhängigkeit von der NATO – liess: von den USA – bestehen bleibt. Die europäische Verteidigung im Rahmen der EU stellt daher, im Unterschied beispielsweise zur „Euromacht“, keine Alternative dar. Angesichts des erwarteten Risikospektrums bleibt die kollektive Verteidigung aus der Sicht der USA vor allem unter dem Blickwinkel der Raketenabwehr von Interesse, weil die NATO als internationales Gremium die diesbezüglichen Verhandlungen mit anderen Staaten, die als Stützpunkte in Frage kommen, erleichtern kann.<sup>26</sup> Ob diese Überlegung auch für die Frage der nuklearen Abschreckung zutrifft, erscheint eher zweifelhaft. Die Zweifel resultieren einerseits aus der zunehmenden Bedeutung nicht-staatlicher Gewaltakteure, die sich, wie die jüngste Vergangenheit gezeigt hat, nicht in klassischer Weise abschrecken lassen.<sup>27</sup> Andererseits unterscheidet sich insbesondere das Verhalten der USA gegenüber wirklichen oder potentiellen Nuklearmächten deutlich von jenem gegenüber atomaren Habenichtsen.

Internationale *Stabilisierungsoperationen* verlieren für die NATO an Bedeutung. Der einzige Bereich, der auf Drängen der USA wichtig bleibt, ist das oberste Spektrum der Interventionen. Hier steht der Einsatz der NRF zum Zweck der Terrorismusbekämpfung im Vordergrund. Präemptive Einsätze der NATO als Ganzes dürften, wenn die Konstellation mit der Irakintervention vom Frühjahr 2003 vergleichbar ist, die Ausnahme bilden. Dagegen ist zu erwarten, dass nationale Streitkräftemodule, die der NRF zur Verfügung gestellt werden, verstärkt im Rahmen von ad hoc-Koalitionen der Willigen und Fähigen eingesetzt werden.<sup>28</sup> Friedenserhaltende und -aufbauende Operationen werden dagegen laut Szenariobeschreibung primär von den Europäern im Rahmen der EU durchgeführt. Diese de facto Arbeitsteilung resultiert aus der Tatsache, dass die USA und die europäischen Allianzpartner kaum noch über ein gemeinsames Eskalationsspektrum verfügen.<sup>29</sup> Das erschwert die Risikobeurteilung (unterschiedliche Verletzlichkeitsprofile) und die Standardisierung zum Zweck der Zusammenarbeitsfähigkeit.

Der Kampf gegen den *Terrorismus* ist aus US-amerikanischer Sicht der wesentliche Treiber der Entwicklung in diesem Szenario. Zu diesem Zweck dürften die verstärkte nachrichtendienstliche Zusammenarbeit, die Überwachung kritischer Land-, See- und Luftwege sowie die Durchführung spezifischer Anti-Terroroperationen als Kernaufgaben der NATO identifiziert werden. Ebenso gewinnt der Einsatz gegen die *MVW-Proliferation* sowie gegen die Diffusion moderner Dual Use-Technologien im Rahmen der NATO an Bedeutung. Wir erwarten daher insbesondere

---

<sup>26</sup> Generell werden die Technologiefortschritte der USA eher die Kriegführung auf Distanz unterstützen und damit die Abhängigkeit von Stützpunkten reduzieren. Im Fall der Raketenabwehr stellt sich die Lage aufgrund der systembedingten Komplexität anders dar. Hier bleibt der Zugang zum Territorium von Verbündeten nach unserer Einschätzung wichtig, um ballistische Lenkwaffen über vorgeschobene Stützpunkte frühzeitig erfassen und angreifen zu können.

<sup>27</sup> Zur Rolle der Abschreckung nach dem Ende des kalten Krieges grundlegend: Patrick M. Morgan, *Deterrence Now* (Cambridge: Cambridge University Press, 2003).

<sup>28</sup> In dieser Hinsicht gibt es allerdings ähnlich wie im Fall der „Euromacht“ einen gewissen Druck zur Angleichung der politischen Institutionen und Prozesse, damit zeitverzugslose Einsätze der NRF tatsächlich möglich sind. Siehe zum Aspekt der politischen Kompatibilität und der militärischen Interoperabilität mit speziellem Bezug zur NRF: Houben, Marc and Dirk Peters, Does military transformation require institutional transformation?, Paper contributed to the US conference on „New NATO“, Brussels, 3 July 2003.

<sup>29</sup> Lindley-French, *Terms of engagement*, S. 66-68.

eine Stärkung des MVW-Zentrums der NATO, das die diesbezüglichen Tätigkeiten der Allianz koordiniert. Aus dieser Perspektive erklärt sich auch das US-Interesse an gemeinsamen Ansätzen zur Raketenabwehr als Instrument zur Bekämpfung der Staaten, die Terroristen unterstützten und/oder ihr MVW-Arsenal aufstocken wollen.

Die Bemühungen zur *Standardisierung* und zur Interoperabilität werden in diesem Szenario erschwert. Es ist durchaus möglich, dass sich innerhalb der NATO unterschiedliche Zuständigkeiten herausbilden. Die USA definieren vor allem die Standards für die Interventionsfähigkeit, und die Europäer versuchen, da sie aufgrund unzureichender eigener Fähigkeiten noch auf die NATO angewiesen sind, die Standards im Bereich der Friedenserhaltung aufrechtzuerhalten bzw. auszubauen. Wesentlicher Treiber der NATO-Entwicklung bleibt jedoch auch in diesem Bereich die US-Streitkräftetransformation. Leidideen dieser Transformation sind die vernetzte Operationsführung und die dadurch hergestellte, reibungslose Zusammenarbeit zwischen den (Teil-)Streitkräften. Kernfähigkeiten sind die Schnelligkeit, die Flexibilität, die Wirksamkeit im Einsatz und die Überraschung.<sup>30</sup> Da die Terrorismusbekämpfung in den USA bereits heute zu einem stärkeren Einbezug des Heimatschutzes (Department for Homeland Security) führt,<sup>31</sup> besteht die Möglichkeit, dass sich Washington über die NATO für die verbesserte Interoperabilität im Bereich jener Fähigkeiten stark macht, die militärisch und zum Zweck des Heimatschutzes genutzt werden können (z.B. ABC-Schutz und -Abwehr, Command and Control (C2), Luftpolizei, Luftraumüberwachung, non-letale Wirkmittel). Insbesondere in diesem Zusammenhang sind, wenn auch eher nachgeordnet, spezifische Leistungen der NATO zugunsten *zivilier Behörden* denkbar, wenn sie der Terrorismusbekämpfung dienen (z.B. Grenzkontrolle, Bewältigung der Folgen von Schadenereignissen).

Diese Sichtweise wirkt sich auf die inhaltlichen und die geografischen Schwerpunkte der *NATO-Kooperationsbemühungen* aus. Soweit die Kooperationsprogramme dazu dienen, die internationale Legitimationsbasis für US-Vorhaben zu verbreitern – es sei daran erinnert, wie sehr die Bush Administration im Vorfeld des Irak-Kriegs immer wieder betont hat, dass ihr Vorhaben von einer breiten internationalen Koalition getragen werde –, wird Washington daran ein vitales Interesse haben. Beziehungen zu den heutigen „Hot Spots“ in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten bleiben daher im Rahmen des NATO-Mittelmeerdialogs wichtig. Angesichts der exponierten Stellung der USA ist es jedoch fraglich, ob die Kooperationspartner an der Zusammenarbeit festhalten wollen. Insgesamt dürfte auch der Mehrwert der Kooperationsprogramme unter dem Gesichtspunkt ihres Beitrags zur Terrorismusbekämpfung bewertet werden.<sup>32</sup> Denkbar ist vor diesem Hintergrund vor allem die Aufwertung der strategischen Partnerschaft zwischen den USA und Russland, wobei die US-Politik in diesem Szenario eine Verschiebung dieses Themas von der NATO auf die bilaterale Ebene nahe legt.

---

<sup>30</sup> David S. Alberts, et. al., *Network centric warfare: developing and leveraging information superiority* (Washington, D.C.: CCRP, 2000); Max Boot, „The New American Way of War,“ *Foreign Affairs* 82:4 (July/August 2003), S. 41-59, hier S. 42.

<sup>31</sup> Fact Sheet „Operation Liberty“ <<http://www.defenselink.mil/specials/homeland/liberty.html>> (Zugriff: 8. Januar 2004).

<sup>32</sup> Eric Schmitt, „U.S. military plans African expansion,“ *International Herald Tribune*, 5-6 July 2003, S. 1, 4.

### **Szenario 3: Euromacht und der Erfolg des ausgewogenen Sicherheitsansatzes**

In diesem Szenario steigt die EU politisch, wirtschaftlich und militärisch zu einer international führenden Macht auf, die sich für den Multilateralismus und die Regelerorientierung einsetzt. Weitere wichtige staatliche Akteure sind die USA, Russland und China. Abgesehen von gelegentlichen Spannungen, beispielsweise in Wirtschaftsfragen, sind die Beziehungen zwischen diesen Akteuren von Kooperation geprägt. Transatlantische Differenzen zu Beginn der betrachteten Periode werden in der zweiten Hälfte (vor allem ab 2015) beigelegt, da die ESVP substanzielle und sichtbare Fortschritte (erfolgreiche militärische Operationen auf dem Balkan und in Afrika) erzielt.

Die EU arbeitet aktiv mit der UNO und der OSZE zusammen (z.B. gemeinsame Mission in Zentralasien). Die UNO konzentriert sich auf die Konfliktprävention und die Entwicklungshilfe, während der OSZE-Einsatz für den Demokratisierungsprozess einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung Zentralasiens leistet. Die erfolgreiche Präventionsarbeit der EU im Verbund mit der UNO, der OSZE und den nicht-staatlichen Akteuren trägt wesentlich dazu bei, dass Konflikte nicht mehr in gewaltsame Auseinandersetzungen eskalieren, sondern verhindert bzw. auf friedliche Weise gelöst werden.

Institutionell entwickelt sich die EU zu einer supranationalen Gemeinschaft mit eigener Verfassung. Die komplizierte Drei-Säulen-Konstruktion wird aufgehoben. Die EU verfügt über einen Aussen- und Sicherheitskommissar, der die Union vertritt und den neuen, für GASP und ESVP zuständigen Aussen- und Sicherheitsrat leitet. Das Europäische Parlament wählt einen EU-Präsidenten mit vorwiegend repräsentativer Funktion, und der Kommissionspräsident wird zum „europäischen Regierungschef“. Die Kommission ist die zentrale Institutionen, und in alle Gremien wird mit einfacher oder qualifizierter Mehrheit entschieden.

Die EU umfasst neben den heutigen Beitrittskandidaten auch Norwegen und Island, alle Balkanstaaten sowie die Türkei. Darüber hinaus richtet sie zusammen mit Russland und der Ukraine den "Trilateralen Sicherheitsrat" ein und verabschiedet Gemeinsame Strategien für den Nahen und Mittleren Osten sowie für Nordafrika. Um ihrer erhöhten weltweiten Verantwortung gerecht zu werden, versteht sich die EU als Friedensmacht, die über ein ausgewogenes Spektrum ziviler und militärischer Fähigkeiten verfügt. Im zivilen Bereich liegt das Schwergewicht bei der umfassenden Präventionspolitik und dem Einsatz wirtschaftlicher Instrumente im Sanktions- und Wiederaufbaubereich. Die 300'000 Mann starke Interventionstruppe untersteht dem EU-Aussen- und Sicherheitsrat und ist vollständig integriert. Sie operiert im gesamten Spektrum der Petersbergaufgaben, kann zur Verteidigung eingesetzt werden und übernimmt Assistenzeinsätze innerhalb der EU auf Anfrage ziviler Behörden. Das EU-Hauptquartier verantwortet die zivile und die militärische Planung und Einsatzführung. Abgerundet wird das Spektrum über eine eigene Beschaffungsagentur und den unter Beteiligung Londons bzw. Paris' vergemeinschafteten Zugang zu Nuklearwaffen.

## Konsequenz: NATO und globale Sicherheit jenseits des Atlantiks

Im Szenario „Euromacht“ ist die EU der bestimmende Faktor, versteht sich jedoch nicht als Gegenmacht zu den USA. Anfängliche Spannungen in den transatlantischen Beziehungen können durch sichtbare Fortschritte in der ESVP beigelegt werden. Für die NATO ergeben sich daraus zwei Veränderungen: Erstens wird die EU insbesondere in ihrem Einflussbereich immer mehr Aufgaben der NATO übernehmen bzw. in zunehmendem Mass versuchen, ihre Ziele durch den Rückgriff auf die NATO zu erreichen. Solange dies die Stabilität fördert und den US-Interessen nicht entgegenläuft, erwarten wir im Rahmen dieses Szenarios keine Widerstände aus Washington. Zweitens bleibt die NATO als Bindeglied zwischen Europa und den USA vor allem mit Blick auf jene Regionen, in denen beide die internationale Führungsrolle teilen (z.B. Asien, südliches Afrika),<sup>33</sup> das Instrument der ersten Wahl.

Der *Verteidigungsauftrag*, der auch im Rahmen der „Euromacht“ in seiner faktischen Bedeutung wesentlich zurückgestuft bleibt, zählt weiterhin zu den Aufgaben der NATO. Diese Interpretation lässt sich mit dem Willen der Staaten erklären, die transatlantische „Nabelschnur“ nicht zu kappen. In Analogie zur „Trilateralen Kooperation“ ist es aber auch denkbar, dass die USA und Europa eine neue Grundlage für die gemeinsame Beziehung erarbeiten, ohne dass diese auf einer gegenseitigen Beistandserklärung beruhen muss. Gemäss Szenariobeschreibung gehen wesentliche Verteidigungsfunktionen sowieso an die EU über, die zum Ende der betrachteten Periode mit der Unterstützung von Paris und London auf deren Nuklearwaffenpotential zugreifen kann.<sup>34</sup>

Die Bedeutung der *internationalen Stabilisierungsoperationen* verändert sich ebenfalls. Nicht zuletzt dank der EU-Mitgliedschaft der Türkei, der engen Beziehungen zu Russland und der Ukraine sowie Gemeinsamer Strategien für Nordafrika bzw. für den Nahen und Mittleren Osten erntet die EU die Früchte ihrer strukturellen Präventionspolitik. Dies reduziert den Bedarf an militärischen Interventionen im unmittelbaren Umfeld. Operationen des Krisenmanagements, des Friedensaufbaus und der Friedenserhaltung werden in diesem Szenario vorwiegend von der EU durchgeführt. Da diese jedoch einige Zeit benötigt, um die entsprechenden Fähigkeiten zu erwerben, bleibt die NATO während der Übergangsphase wichtig. Sobald die USA und die EU die internationale Führungsrolle gemeinsam übernehmen, erwarten wir verstärkte NATO-Einsätze in neuen Regionen wie dem südlichen Afrika oder Asien, wo beide Stabilität gemeinsam gewährleisten wollen. In diesen Regionen ist auch die präventive Entsendung (Preventive Deployment) der NATO im Sinne der Agenda for Peace und im Einklang mit dem Völkerrecht denkbar.<sup>35</sup>

<sup>33</sup> *Africa and the European Union* (Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities, 2003), <[http://europa.eu.int/comm/development/body/publications/docs/brochure\\_africa\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/development/body/publications/docs/brochure_africa_en.pdf)>; *A new partnership with South East Asia*, COM(2003) 399/4, Brussels, 9 July 2003, <[http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/asia/doc/com03\\_sea.pdf](http://europa.eu.int/comm/external_relations/asia/doc/com03_sea.pdf)>. Der neue Asienplan der Europäischen Kommission wird als erster Baustein eines gemeinsamen Freihandelsabkommens interpretiert. Siehe: EUobserver.com, „EU moves to increase clout in Asia,” 10. Juli 2003, <<http://www.euobserver.com/index.phtml?aid=12048>> (Alle Zugriffe: 8. Januar 2004).

<sup>34</sup> Zu den damit verbundenen Herausforderungen: Herlof, Gunilla und Bo Hultdt, „The European Union and the Inclusion of a Collective Defense Clause,” in Erich Reiter, Reinhardt Rummel und Peter Schmidt (Hrsg.), *Europas ferne Streitmacht. Chancen und Schwierigkeiten der Europäischen Union beim Aufbau der ESVP* (Hamburg: Mittler, 2002), S. 60-85.

<sup>35</sup> *An Agenda for Peace. Preventive Diplomacy, Peacemaking and Peace-keeping* (New York: United Nations, 1992) <<http://www.un.org/Docs/SG/agpeace.html>> (Zugriff: 25. Juni 2003), Para. 28-33.

Bei der *Terrorismusbekämpfung* ist in zeitlicher Hinsicht zu differenzieren. Washington wird vor allem in der ersten Dekade nach wie vor grosses Gewicht auf diesen Einsatz legen und die NATO zu diesem Zweck umbauen wollen. Europa hat die strategische Bedeutung sowie die Risiken des Terrorismus erkannt<sup>36</sup> und wird die US-Bemühungen, sofern sie im gegenseitigen Einvernehmen erfolgen, unterstützen. In der zweiten Dekade wird der nachhaltige Fortschritt Europas im Bereich seiner sicherheitspolitischen Fähigkeiten zum Abbau der transatlantischen Spannungen beitragen. Ähnlich wie bei der „Trilateralen Kooperation“ können die auf die Ursachen des Terrorismus ausgerichteten Programme der EU bzw. der USA besser aufeinander abgestimmt und erfolgreich angewandt werden, so dass die militärischen Aspekte dieser Aufgabe eher in den Hintergrund treten.

Ein vergleichbares Bild präsentiert sich auch mit Blick auf die Bekämpfung der *Proliferation*. Die guten transatlantischen Beziehungen zur Mitte der zweiten Dekade erlauben auch hier substanzielle Fortschritte. Von der Überwindung der 3-Säulen-Struktur profitieren in der EU vor allem die präventiv wirkenden Politikbereiche wie die Abrüstung und die Rüstungskontrolle sowie weitere, gegen die Proliferation gerichtete Tätigkeiten, weil sicherheits- und wirtschaftspolitische Massnahmen ideal kombiniert werden können. Deshalb erwarten wir, dass die entsprechenden NATO-Aufgaben in diesem Bereich verstärkt an die EU übertragen werden.

Die Bemühungen der NATO zur *Standardisierung und Interoperabilität* profitieren im Szenario „Euromacht“ von den verbesserten Rahmenbedingungen zur transatlantischen Rüstungskooperation. Sie gewinnen, wenn auch unter neuem Vorzeichen, vor allem in zwei Bereichen an Bedeutung. Spätestens ab 2015 ist der Mitgliederkreis der NATO und der EU (abgesehen von den USA und Kanada) beinahe deckungsgleich.<sup>37</sup> Wir nehmen daher an, dass beide Organisationen den Stabilitätsexport in die klassischen Krisengebiete im Süd- und Ostbogen Europas gemeinsam vortreiben. Analog zur Heranführung der ehemals kommunistischen Länder an die NATO bzw. an die EU wird der Bereich der Standardisierung dabei eine wichtige Rolle spielen. Daneben wird das umfassende Sicherheitsverständnis der ESVP dazu beitragen, dass das Spektrum der Streitkräftetransformation auf die Umwandlung des gesamten Sicherheitssektors ausgeweitet werden kann. In dieser Hinsicht könnte sich die NATO als nützliche Plattform zum verstärkten Dialog und zur gemeinsamen Weiterentwicklung der Bemühungen im Bereich des Heimatschutzes (mit Einbindung der jeweiligen Institutionen) erweisen.<sup>38</sup> Die Szenariobeschreibung legt allerdings die Schlussfolgerung nahe, dass die EU in diesem Bereich sowie bei den übrigen Leistungen zur *Unterstützung ziviler Behörden* die massgeblichen Akzente setzt.

Die *Kooperationsprogramme* der NATO bleiben vor dem Hintergrund des Gesagten weiterhin wichtig. Allerdings werden sich die transatlantischen Partner darum bemühen müssen, die Übergangsphase bis zur Mitte der zweiten Dekade in einem positiven Geist zu gestalten, um ein Abrutschen in die Konstellation der „Pax Americana“ zu vermeiden. Gelingt dies, so kann mit Blick

---

<sup>36</sup> A Secure Europe in a Better World, 15895/03, Brussels, 8 December 2003, S0138/03, S. 5, 9, 11-12, <<http://register.consilium.eu.int/pdf/en/03/st15/st15895.en03.pdf>> (Zugriff: 8. Januar 2004).

<sup>37</sup> Im Szenario „Euromacht“ verliert der Status der Neutralität bzw. der Allianzfreiheit aufgrund des substanziellen Ausbaus der supranationalen Komponente der Sicherheitspolitik seine Bedeutung. Die heute allianzfreien Staaten dürften sich im Rahmen dieses Szenarios entweder umfassend – militärisch und zivil – an der Umsetzung der ESVP beteiligen und/oder NATO-Mitglied sein.

<sup>38</sup> Für einen in diese Richtung weisenden Vorschlag siehe: Heiko Borchert, Security Sector Reform Initiative (SSRI): How to advance security sector reforms with the help of a new assessment and development framework, Paper prepared for the Annual Conference of the Working Group „Security Sector Reform,” Partnership for Peace Consortium of Defense Academies and Security Studies Institutes, Berlin, 15-17 June 2003, S. 21.

auf die Regionen gemeinsamen Interesses in Afrika und Asien beispielsweise die verstärkte Zusammenarbeit mit Südafrika und den ECOWAS-Staaten<sup>39</sup> sowie mit China,<sup>40</sup> Japan, den Philippinen und Australien ins Auge gefasst werden.

## **Szenario 4: Wiedererstarkende nationale Souveränität und der europäische Stillstand**

Eine lang anhaltenden Weltwirtschaftskrise, das nur knapp verhinderte Scheitern einer EU-Militäroperation auf dem Balkan und der damit einhergehende Glaubwürdigkeitsverlust sowie grundlegende Spannungen innerhalb der EU bringen den Integrationsprozess zum Erliegen. Diese Entwicklungen bewirken die generelle Schwächung der internationalen Ordnung. Die Unterstützung für Internationale Organisationen ist nicht mehr als ein Lippenbekenntnis, denn es fehlen die Bereitschaft und die Mittel zum gemeinsamen internationalen Handeln. Besonders problematisch ist das isolationistische Verhalten der Vereinigten Staaten. Terroristische Anschläge stärken das Gefühl der Verwundbarkeit und senken die Risikobereitschaft bzw. den Führungswillen. Neue Probleme in Südostasien und die Wirtschaftskrise in Südamerika lenken das Interesse Washingtons auf diese Regionen. Andere Staaten versuchen, diese Situation zum Ausbau ihrer regionalen Position zu nutzen.

Die EU ist schwach. Der Europäische Rat setzt den Wachstums- und Stabilitätspakt ausser Kraft und erlaubt die Erhöhung der Neuverschuldung zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise sowie zur Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der europäischen Streitkräfte. Zudem beschliesst er die Verschiebung der EU-Osterweiterung, was in den Kandidatenländern Protest hervorruft, die Distanz zu Brüssel vergrössert und zum Erstarken der nationalistischen Rechten beiträgt. Nach der zeitlich verzögerten Aufnahme der bisherigen Kandidaten wird die Union nicht mehr erweitert. In dieser Situation kann das Scheitern der EU-Militäroperation auf dem Balkan nur verhindert werden, indem US-Truppen auf Drängen der neuen NATO-Mitglieder intervenieren. Dadurch nimmt die Glaubwürdigkeit der EU als Krisenmanagerin nachhaltig Schaden. Ebenso gelingt es den EU-Mitgliedern in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts nicht, einem US-Vorschlag zur Stabilisierung Lateinamerikas durch den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank zuzustimmen, so dass sich die USA zu unilateralem Vorgehen gezwungen sehen.

In der Aussen- und Sicherheitspolitik übernehmen daraufhin führende Staaten das Zepter. Frankreich, Grossbritannien, Deutschland und Italien bilden das neue Direktorat der G-4. Sie setzen sich dafür ein, dass die Befugnisse der Kommission und des Europäische Parlaments zugunsten der Stärkung des Ministerrats zurückgedrängt und die Mehrheitsentscheidungen zugunsten der Einstimmigkeit ersetzt werden. Die GASP wird in dieser Situation auf die Anfänge der Europäischen Politischen Zusammenarbeit zurückgeworfen, indem sich die Mitgliedstaaten im Ministerrat lediglich informieren und in sehr loser, unverbindlicher Form absprechen. Fragen der

---

<sup>39</sup> Die Ökonomische Gemeinschaft der Westafrikanischen Staaten umfasst Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, die Kapverden, Liberia, Mali, Mauretanien, Nigeria, Senegal, Sierra Leone und Togo.

<sup>40</sup> Im Unterschied zu den Szenarien „Wiedererstarkende nationale Souveränität“ und „Instabile Peripherie“ geht die „Euromacht“ nicht von sino-amerikanischen Rivalitäten aus.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik werden in der um Spanien und Polen erweiterten G-6 erörtert. Militärische Aufgaben zählen daher nicht mehr zum Leistungsspektrum der EU, sondern werden über die G-6 bzw. über ad hoc-Allianzen durchgeführt.

## **Konsequenz: Dominanz der Directorate**

Im Szenario „Wiedererstarkende nationale Souveränität“ fehlen die präventiven und die stabilisierenden Elemente, so dass die Gefahr gewaltsam ausgetragener Konflikte im Umfeld Europas deutlich zunimmt. Die Risiken sind jedoch noch nicht dermassen existenzbedrohend, dass sie als Treiber der verstärkten internationalen Zusammenarbeit interpretiert werden könnten. Annahmegemäss schwächt diese Konstellation die internationalen Institutionen, und es werden neue Formen der Zusammenarbeit ausserhalb der bisherigen Institutionen geschaffen, die einen ausgeprägten zwischenstaatlichen Charakter aufweisen.

Die Auswirkungen der „Wiedererstarkenden nationalen Souveränität“ auf die NATO sind durchweg negativ. Es ist daher anzunehmen, dass sich die Bedeutung der NATO in diesem Umfeld zwischen den Polen „Baukasten für Willige und Fähige“ und „WEUisierung“, d.h. Aufrechterhaltung der Funktionen auf dem Papier bei geringer praktischer Relevanz, bewegen wird. Angesichts der erhöhten Risiken sowie der Kooperationsschwierigkeiten im Rahmen der EU ist diese Situation mehr als suboptimal, weil Europas Sicherheit nicht gewährleistet ist.

Der *Verteidigungsauftrag* gewinnt an Bedeutung. Die unterschiedlichen Interessen der USA und Europas erschweren jedoch die Gewährleistung der NATO-spezifischen Leistungen für diesen Auftrag. Das gilt insbesondere für die gemeinsame Verteidigungsplanung und die darauf basierenden Bemühungen zur Streitkräfteentwicklung. Die bereits heute abnehmende Bereitschaft zum Souveränitätstransfer im Rahmen integrierter Strukturen wird in diesem Szenario noch verstärkt fortgeführt – mit negativen Konsequenzen für den Zusammenhalt in der Allianz bzw. die Relevanz der gemeinsamen Strukturen und Prozesse.<sup>41</sup> Diese Einschätzung trifft auch für den Bereich der *internationalen Stabilisierungsoperationen* zu, die angesichts der sehr schwach ausgeprägten Kooperationsbereitschaft für die NATO als Ganzes kaum ein Thema sein werden. Denkbar ist, dass einzelne Koalitionen oder das Direktorat der G-6 – mit oder ohne US-amerikanische Beteiligung – auf NATO-assignierte Truppen zurückgreifen. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwarten, dass die NATO keine Leistungen zugunsten *ziviler Behörden* erbringen wird, weil die Mitglieder dazu nicht bereit sind.

Die Bekämpfung des *Terrorismus* und der Einsatz gegen die *Proliferation* von MVW und anderen sicherheitsrelevanten Technologien bzw. Waffen- und Trägersysteme bleibt angesichts des erwarteten Risikospektrums ein wichtiges Thema. Vor allem in der ersten Dekade, in der die Zusammenarbeit gemäss Szenariobeschreibung noch einigermaßen funktioniert, wird diese Aufgabe das Leistungsschwergewicht der NATO bilden. Danach werden die zunehmenden transatlantischen und innereuropäischen Differenzen die Zusammenarbeit erschweren. Gemeinsame Aktionen werden punktueller Natur sein und nur dann lanciert, wenn ein Staat oder eine Staatengruppe

---

<sup>41</sup> Wiesmann, *Die vielleicht letzte Chance der NATO*, S. 11-12, 15-17.

die Führung übernimmt und auch bereit ist, den Löwenanteil der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kosten zu tragen.<sup>42</sup>

Die *Standardisierung* wird in diesem Szenario wesentlich erschwert. Das Entstehen neuer Direktorate erhöht, erstens, das Risiko von Standardisierungsasymmetrien, die daraus resultieren, dass die verschiedenen Direktorate bzw. Staatengruppen, abgestimmt auf die politischen Ambitionen, unterschiedliche Anforderungen an die militärische Zusammenarbeit definieren. Dieses Risiko nimmt vor allem dann zu, wenn die Direktorate bzw. die Staatengruppen ihre führende Position über den im Szenario betrachteten Zeitpunkt hinaus durch entsprechende Standards untermauern wollen. Innerhalb der G-6 werden die Mitglieder, zweitens, vor allem aus wirtschaftlichen Überlegungen auf die bestehenden NATO-Standards zurückgreifen. Allerdings wird der ausgeprägte zwischenstaatliche Charakter der Zusammenarbeit nicht dazu beitragen, dass diese Standards konsequent umgesetzt, inhaltlich erweitert oder auf neue Länder übertragen/ausgedehnt werden.<sup>43</sup>

Der Stellenwert der *Kooperationsprogramme* wird im Verlauf der szenariospezifischen Entwicklung deutlich zurückgehen. Anfängliche Schwergewichte, die vor allem auf Drängen der USA im Bereich der Terrorismusbekämpfung liegen, verlieren mit den zunehmenden Kooperationschwierigkeiten ihre Bedeutung. Je nach dem, ob sich die politische Situation in Europa vor allem nach 2020 eher konfrontativ oder eher kooperativ entwickelt, könnten die Direktorate bzw. Staatengruppen sogar versuchen, die Idee der Kooperationsprogramme als Mittel zur Untermauerung ihres jeweiligen Führungsanspruchs einzusetzen, woraus eine „rivalisierendes Werben“ um mögliche Kooperationspartner resultieren würde.

## **Szenario 5: Instabile Peripherie und die „Festung Europa“**

Die Instabilität in der europäischen Peripherie ist die Folge von Unterentwicklung, demografischem Druck, Misswirtschaft und ethnisch-religiösen Spannungen bzw. Fundamentalismen, die in Nordafrika, im Kaukasus sowie im Nahen und Mittleren Osten zum Ausbruch verschiedener Konflikte führen. Weil die politische Unterstützung und die Mittel fehlen, bleiben die Internationalen Organisationen wirkungslos. Der aus Korruptionsfällen und Vorwürfen krasser Misswirtschaft resultierende Vertrauensverlust in die UNO schlägt in allgemeines Misstrauen gegenüber den internationalen Institutionen um. Die Teilnehmerstaaten der OSZE legen die konfliktverhütenden Massnahmen auf Eis und frieren die entsprechenden Mittel ein.

Washington kümmert sich nicht um die Konflikte in Europas Peripherie, sondern konzentriert sich auf den asiatisch-pazifischen Raum (Aufstieg Chinas gefährdet US-Vormacht). Der weitgehende Dissens zwischen Nicht-EU-Staaten und EU-/NATO-Mitgliedern führt zur gegenseitigen Blockade. Dadurch zerbricht die transatlantische Partnerschaft im Geist. Die NATO ist für die USA nur noch insofern von Nutzen, als sie einen Beitrag zur Wahrung der Interessen

---

<sup>42</sup> Die Verlagerung von den Internationalen Organisationen, die diesen Ausgleich heute sicherstellen, zu den Staaten ist die logische Folge der Schwächung des internationalen Institutionengefüges. Siehe zum Aspekt des Kostentragens als Merkmal der Führungsbereitschaft: Oran Young, „Political leadership and regime foundation: on the development of institutions in international society,“ *International Organization* 45:3 (Summer 1991), S. 281-308.

<sup>43</sup> Die konsequente Umsetzung ist mit dem Abtreten von nationaler Souveränität verbunden. Das setzt eine entsprechende politische Bereitschaft voraus, die in diesem Szenario nicht gegeben ist.

Washingtons im Pazifik leistet. Russland befindet sich in einer schwierigen Lage, muss es sich doch gleichzeitig um gravierende innenpolitische und wirtschaftliche Probleme sowie um Konfliktherde in den Grenzregionen (Ukraine, Moldawien, Südkaukasus, Zentralasien) kümmern. Allerdings kann Moskau aus seinen Energiereserven politisches Kapital schlagen. Russland und die USA versichern sich gegenseitig, nicht in die jeweiligen Interessenregionen einzugreifen.

In Europa nimmt der Migrationdruck vor allem aus der Mittelmeerregion zu. Die Regierungen finden keine adäquaten Lösungen, um dieses Problem zu bewältigen. Ethnische und religiöse Minderheiten sind als Interessengruppen gut organisiert, jedoch gesellschaftlich schlecht integriert. Innerhalb der EU wächst daher die Gefahr gesellschaftlicher Instabilität als Folge gewalttätiger Ausschreitungen und terroristisch motivierter Anschläge. Weil die EU-Staaten nicht in der Lage sind, die Ursachen zu bekämpfen, beschränken sie sich auf die Verschärfung der Grenzkontrollen und der Einwanderungsbestimmungen. Die „Festung Europa“ wird Realität.

Nach der Aufnahme der heutigen Kandidatenländer kommt der EU-Erweiterungsprozess zum Stillstand. Die 2. Säule ist weiterhin intergouvernemental organisiert, und der Ministerrat dominiert. Entscheidungen über die ESVP werden einstimmig gefällt. Bei GASP-Fragen gilt dagegen die qualifizierte Mehrheit. Der daraus theoretisch resultierende Gewinn an gestärkter Handlungsfähigkeit wird jedoch durch den Umstand konterkariert, dass die Aussenvertretung der EU nicht einheitlich geregelt wird. Zudem bleiben die wirtschaftlichen und die zivilen Instrumente weitgehend wirkungslos, weil die präventiven Politiken fehlen.

In Sicherheitsfragen drehen die Angst der Bürger, das Erstarken der politischen Rechten und Anschläge in Europa den Integrationsprozess in Richtung eines „EU-Sicherheitsstaates“. Die Polizeikompetenzen werden durch den Aufbau eines Polizeihauptquartiers und einer Polizeiakademie gestärkt. Ebenso legt Europa bei den militärischen Fähigkeiten nach. Die EU erhält ein eigenes Verteidigungsbudget, baut ein Raketenabwehrsystem auf und verfügt über eine 200'000 Mann starke Interventionstruppe, die neben den Petersberg-Aufgaben für die Terrorismusbekämpfung und die Gewährleistung der inneren Sicherheit eingesetzt wird. Die öffentliche Meinung steht dieser Entwicklung sehr skeptisch gegenüber und kritisiert insbesondere die massive Einschränkung der Grundfreiheiten.

## **Konsequenz: EU-Sicherheitsstaat löst NATO ab**

Während die „Instabile Peripherie“ die Zusammenarbeit in der NATO zum Erliegen bringt, stärkt die „Integration durch Angst“ in diesem Szenario die sicherheits- und verteidigungspolitischen Kompetenzen der EU. Die Auflösung der NATO ist in diesem Umfeld eine denkbare Option. Wir gehen allerdings eher davon aus, dass es zu einer – mehr oder weniger – „freundlichen“ Übernahme von NATO-Kerneinrichtungen<sup>44</sup> durch die EU kommt. Soweit dieser Schritt dazu beitragen kann, dass sich Europa stärker um seine eigene Sicherheit kümmert, die USA dadurch

---

<sup>44</sup> Die Zusammenarbeit mit der EU ist bereits heute sehr eng, indem der stellvertretende Oberkommandierende der NATO (DSACEUR) die EU-Operation in Mazedonien (Operation Concordia) kommandiert. Angesichts der aktuellen Fähigkeitsdefizite Europas wäre der Zugriff auf das europäische NATO-Hauptquartier, die verlegbaren multinationalen NATO-Hauptquartiere, die NRF sowie das Joint Warfare Center (Norwegen) von besonderer Bedeutung. Siehe zu den europäischen Lücken im Bereich der Hauptquartiere insbesondere: Klaus Wiesmann, „Die Militärische Einsatzführung bei Operationen der Europäischen Union im Rahmen der ESVP“, in Reiter/Rummel/Schmidt, *Europas ferne Streitmacht*, S. 233-279.

entlastet und Washington daraus gleichzeitig keine Konkurrenz erwächst, ist nicht mit US-amerikanischem Widerstand zu rechnen.

Die Verantwortung für die *kooperative Verteidigung* geht mit der Entscheidung zugunsten des Aufbaus eines europäischen Raketenabwehrsystems de facto auf die EU über. Ähnlich verhält es sich auch mit den *internationalen Stabilisierungsoperationen*. Weil den USA und Europa vor allem in der ersten Dekade das gemeinsame Eskalationsspektrum fehlt, zeichnet sich eine Arbeitsteilung gemäss dem Szenario „Pax Americana“ ab. In der zweiten Dekade werden die europäischen Staaten jedoch ihre militärischen Fähigkeitsdefizite vor allem in den Schlüsselbereichen beheben. Die damit einhergehende Duplizierung der Fähigkeiten ist allerdings weniger „konstruktiv“,<sup>45</sup> sondern resultiert aus Europas Einsicht, selbst mehr für die eigene Sicherheit leisten zu müssen. Im Unterschied zur „Euromacht“ verfügt die EU in der „Instabilen Peripherie“ allerdings nicht über ein eigenes Hauptquartier. Daher liegt die Schlussfolgerung nahe, dass sich die EU um die Übernahme wesentlicher NATO-Strukturen und -Verfahren bemühen wird, wodurch das heutige ACO zum europäischen Hauptquartier werden könnte.

Der Kampf gegen den *Terrorismus* und das Engagement zur Unterbindung der *Proliferation* bleiben auch in der „Instabilen Peripherie“ wichtige Aufgaben. Allerdings wird sich auch in diesem Bereich die Zuständigkeit sukzessive zur EU verlagern. Das gilt ebenfalls für militärische Einsätze zugunsten *ziviler Behörden*, die im Rahmen der EU zur Regel werden und vor allem der Verbesserung der inneren Sicherheit dienen. Die EU profitiert in diesem Szenario von den Fortschritten bei der Innen- und Justizpolitik sowie der Stärkung der polizeilichen Fähigkeiten, die in diesem Zusammenhang bedeutend sind. Im Unterschied zur „Euromacht“ stehen hier jedoch die (sehr) robusten Einsätze des Militärs, der Polizei und der para-militärischen Kräfte im Vordergrund, weil die präventiven Politiken nicht effektiv eingesetzt werden können bzw. fehlen. Deshalb ist auch zu erwarten, dass die EU vor allem mit Blick auf die Stabilisierung der Nachbarregionen im Süden bzw. Osten zu präemptiven Militäreinsätzen greifen wird. Die Bereitschaft zur Achtung des Völkerrechts dürfte angesichts der unmittelbaren Bedrohung eher abnehmen.

Angesichts der zu bewältigenden Risiken und Gefahren muss die EU daran interessiert sein, dass die ihr zur Verfügung stehenden Sicherheitskräfte reibungslos zusammenarbeiten können. Das ist umso wichtiger, als sie im Unterschied zur Euromacht nicht über vollständig integrierte, sondern bloss über multinationale Einheiten verfügt. Gelingt es, ACO zum europäischen Hauptquartier umzuwandeln, dann ist es naheliegend, die *Standardisierungs- und Interoperabilitätsbemühungen* unter neuen EU-Vorzeichen weiterzuführen. Inhaltlich liegt das Schwergewicht dabei beim Krisenmanagement und der Interventionsfähigkeit, was Agilität, schnelle Einsetzbarkeit, hohe Verlegefähigkeit und Wirksamkeit im Einsatz erfordert.

Bei den *Kooperationsprogrammen* werden sich die Schwergewichte inhaltlich und geografisch verschieben. Inhaltlich steht die Gewährleistung der Fähigkeit zur militärischen Zusammenarbeit klar im Vordergrund. Diese wird jedoch in der „Instabilen Peripherie“ enger gefasst als heute bzw. als in den übrigen Szenarien, so dass die Konzentration auf militärische Kernthemen nahe liegt.<sup>46</sup> Die EU wird sich bemühen, die Anstrengungen in den Bereichen PfP und PARP fortzuführen, soweit sie vor allem diesem Ziel dienen. Die Programme zur Vorbereitung auf die Mit-

---

<sup>45</sup> Kori Schake, *Constructive Duplication: Reducing EU reliance on US military assets* (London: Centre for European Reform, 2002).

<sup>46</sup> Engagements im Bereich der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte könnten daher zumindest im betrachteten Zeitraum eher in den Hintergrund treten.

gliedschaft werden dagegen in den Hintergrund treten. Die Turbulenzen im europäischen Umfeld tragen dazu bei, dass der Teilnehmerkreis der Kooperationsprogramme auf den europäischen Kontinent beschränkt bleibt. Dies hätte zur Folge, dass Staaten im Kaukasus oder in Zentralasien mit der Übernahme der PfP durch die EU entweder nicht mehr berücksichtigt würden oder dass sich die Zusammenarbeit mit diesen auf ein Minimum reduziert.

## Schlussfolgerungen

Die Perspektiven der NATO, die sich aus den fünf Szenarien ergeben (Abbildung 2), sind als kritisch bis verhalten optimistisch zu beurteilen. Im Wesentlichen stehen drei Entwicklungsoptionen zur Auswahl:

- Gelingt es, die internationale Kooperation im Allgemeinen und die transatlantischen Beziehungen im Speziellen in Richtung der Szenarien „Trilaterale Kooperation“ bzw. „Euromacht“ (ab der zweiten Dekade) zu drehen, dann ist ein **Neuanfang** verbunden mit der inhaltlichen Neubegründung der transatlantischen Partnerschaft möglich. Wesentliche Charakteristika dieser Option ist der vorrangige Einsatz der NATO bzw. der NHA *ausserhalb* des im Nordatlantikvertrag vorgesehenen Raums für unterschiedliche Aufgaben.
- Wird die US-amerikanische Politik entlang der aktuellen Leitideen weitergeführt, kann daraus die im Szenario „Pax Americana“ beschriebene Entwicklung resultieren. Die gleichzeitige Unfähigkeit oder Unwilligkeit Europas, die eigenen sicherheitspolitischen Defizite zu beheben, macht aus der NATO einen **Baukasten**, auf den die Fähigen und Willigen für ad hoc-Kooperationen zurückgreifen werden. Dramatisch wird diese Entwicklung für Europa vor allem dann, wenn sich die Risikolage verschärft und eigene Fortschritte ausbleiben. Dann wird Europas Sicherheit nämlich weder durch die NATO noch durch die EU gewährleistet.
- Die **Ablösung** der NATO und die sukzessive Übertragung ihrer Aufgaben an andere Institutionen ist unter verschiedenen Vorzeichen denkbar. In einem kooperativen Umfeld wie der „Euromacht“ ist der Leistungstransfer an die EU bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung spezifischer NATO-Beiträge (z.B. für Operationen in Asien und Afrika) möglich. In einem eher konfrontativen Umfeld bzw. einer Konstellation, die von gegenseitiger transatlantischer Beteiligungslosigkeit gekennzeichnet ist, sind die vollständige Ablösung der NATO durch die EU („Instabile Peripherie“) oder die partielle Ablösung durch einzelne Directorate („Wiedererstarke nationale Souveränität“) denkbar.

Die kritische Einschätzung kann nicht überraschen, denn die Funktionsfähigkeit und die Zukunftsperspektiven der NATO sind direkt mit der Qualität der transatlantischen Beziehungen verknüpft. Das Verhalten der USA und Europas Streben nach einer gemeinsamen Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmen die beiden Eckpunkte, die über die weitere Entwicklung der NATO entscheiden. Die transatlantischen Interessen sind allerdings breiter gefächert als das im Rahmen der NATO bislang abgedeckte Spektrum. Gleichzeitig gibt es jenseits des europäischen Kontinents, der durch die Erweiterung von EU und NATO weitgehend stabilisiert wird, andere Regionen und Probleme, die die Aufmerksamkeit der USA und Europas ver-

langen. Aus diesem Grund gibt es einen Bedarf, die transatlantische Beziehung auf eine neue Basis zu stellen.<sup>47</sup>

Das konstruktive Nebeneinander von NATO und ESVP im Sinne der „Euromacht“ oder die Neuerfindung analog der Nordhemisphärischen Allianz stellen jene Leitbilder dar, die aus unserer Sicht massgebend sein sollten. Die Umsetzung dieser Szenarien erfordert von den Entscheidungsträgern auf beiden Seiten des Atlantiks wesentliche Verhaltensänderungen.<sup>48</sup> Die USA müssen ihre gegenwärtige Strategie ändern. Der unter der Administration Bush eingeschlagene Kurs lässt sich weder innenpolitisch noch international aufrechterhalten, weil er Widerstand geradezu provoziert und die Legitimität des US-amerikanischen Handelns in Frage stellt.<sup>49</sup> Die Rückkehr zu einem politischen Stil, der die Interessen und die Anliegen der Verbündeten stärker berücksichtigt, diese in die eigene Entscheidungsfindung einbindet, auf die gemeinsamen Institutionen setzt und dabei die hard und die soft power-Fähigkeiten der USA ausgewogener zum Einsatz bringt, ist angezeigt. Europa wird im Gegenzug nicht darum herumkommen, den mit der ESVP eingeschlagenen Weg der Stärkung der gemeinsamen Politik konsequent zu realisieren und die eigenen sicherheitspolitischen Fähigkeiten systematisch zu verbessern und auszubauen. Zu diesem Zweck müssen insbesondere die militärischen Defizite durch die intensiviertere europäische Kooperation behoben und die supranationalen Kompetenzen gestärkt werden. Dass die EU über die GASP und die ESVP jedoch nicht als Instrument zum Aufbau einer europäischen Gegenmacht eingesetzt werden sollte, hat die Diskussion um den Irak-Krieg eindrücklich unterstrichen. Gemeinsam müssen beide schliesslich daran arbeiten, die Beurteilung der strategischen Risiken und ihrer Konsequenzen zu harmonisieren sowie eine Strategie zur Lösung der regionalen und globalen Probleme jenseits des Atlantiks zu entwickeln.<sup>50</sup> Die Wiederbelebung des transatlantischen Dialogs in seiner umfassenden politischen, wirtschaftlichen, militärischen, kulturellen und zivilgesellschaftlichen Breite stellt einen wichtigen ersten Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel dar.

---

<sup>47</sup> Stanley R. Sloan, and Heiko Borchert, „Mind the Three Transatlantic Power Gaps. How a New Framework Can Help Reinvent the Transatlantic Relationship,” *Connections* 2:4 (November 2003, i.V.), Bernard von Plate, *Die Zukunft des transatlantischen Verhältnisses* (Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003); Daalder, „The End of Atlanticism,” S. 153-162.

<sup>48</sup> Basierend auf: Sloan/Borchert, „Mind the Three Transatlantic Power Gaps”.

<sup>49</sup> Werner Link, „Keine Akzeptanz. Das Kardinalproblem hegemonial-imperialer Politik der USA, in Reiter, *Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik* 2003, S. 135-146.

<sup>50</sup> Siehe hierzu insbesondere: Ronald D. Asmus, und Kenneth M. Pollack, „Transformation des Mittleren Ostens. Das neue transatlantische Projekt“, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 47:12 (Dezember 2002), S. 1457-1466; Moravcsik, „Striking a New Transatlantic Bargain,” S. 74-89; Hans Gert Pöttering, und Ludger Kühnhardt, „EU-USA: Plädoyer für einen Atlantischen Vertrag“, *Integration* 26:3 (Juli 2003); S. 244-250; James B. Steinberg, James B., „An Elective Partnership: Salvaging Transatlantic Relations,” *Survival* 45:2 (Summer 2003), S. 113-146, hier S. 130-136.

	<b>Trilaterale Kooperation</b>	<b>Pax Americana</b>	<b>Euromacht</b>	<b>Wiedererstarke nationale Souveränität</b>	<b>Instabile Peripherie</b>
<b>Verteidigung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bedeutung in Kernregion (alte NATO, EU) nimmt ab</li> <li>- Bedeutung steigt entlang neuer Grenzregionen mit aufstrebenden und teilweise konkurrierenden Regionalmächten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bleibt erhalten, doch bestehen Zweifel an Glaubwürdigkeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bedeutung nimmt ab</li> <li>- EU übernimmt wesentliche Verteidigungsfunktionen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gewinnt an Bedeutung, doch unterschiedliche Interessen der USA und Europa erschweren Zusammenarbeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verantwortung geht de facto an EU über (baut Raketenabwehrsystem auf)</li> </ul>
<b>Internationale Stabilisierungsoperationen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Innerhalb der NHA liegt Schwergewicht bei Friedenserhaltung und -aufbau</li> <li>- Ausserhalb der NHA liegt Schwergewicht auf Krisenmanagement und Intervention</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verlieren an Bedeutung</li> <li>- Wichtig bleiben jedoch Interventionen (mit Hilfe der NRF) zur Terrorismusbekämpfung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bedeutung nimmt aufgrund der strukturellen Präventionsarbeit der EU im unmittelbaren Umfeld ab</li> <li>- NATO bleibt bis 2015 für EU wichtig</li> <li>- Ab 2015 wird NATO für (präventive) Einsätze in neuen Regionen (z.B. Afrika, Asien) eingesetzt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verlieren an Bedeutung</li> <li>- Möglichkeit, dass ad hoc-Koalitionen auf NATO-Verfahren und -Truppenteile zurückgreifen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Alle drei Bereiche verlieren für NATO an Bedeutung</li> <li>- EU stärkt ihre Fähigkeiten nachhaltig und übernimmt Aufgaben</li> <li>- EU versucht, NATO-Strukturen und Verfahren zu übernehmen (ACO als europäisches Hauptquartier)</li> <li>- Schwergewicht liegt bei Interventionen</li> <li>- Präemptive Einsätze der EU in nahen Regionen sind möglich</li> </ul>
<b>Kampf gegen den Terrorismus</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verliert an Bedeutung, weil politische und wirtschaftliche Ursachen effektiv bekämpft werden können</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gewinnt stark an Bedeutung</li> <li>- NATO-Bemühungen werden ausgebaut (nachrichtendienstliche Kooperation, Überwachung, Anti-Terroroperationen)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bedeutung sinkt, wenn US- und EU-Politik erfolgreich zur Ursachenbekämpfung kombiniert werden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bilden vor allem in der ersten Dekade den Schwerpunkt der NATO</li> <li>- Zunehmende Interessengegensätze erschweren Zusammenarbeit</li> <li>- Ob Massnahmen ergriffen werden, hängt von Führungsbereitschaft einzelner Staaten oder Staatengruppen ab</li> </ul>	
<b>Non-Proliferation</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bleibt wichtig, doch heutige Problemlage entschärft sich durch reibungsloses Funktionieren der Regime</li> <li>- NHA unterstützt UNO</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gewinnt an Bedeutung</li> <li>- NATO-Bemühungen (WMD Centre) werden ausgebaut</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wird vor allem in der zweiten Dekade über EU abgewickelt</li> </ul>		
<b>Interoperabilität</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Inhaltliche Ausdehnung auf den gesamten Sicherheitssektor (inkl. Polizei)</li> <li>- Militärischer Schwerpunkt auf Friedenserhaltung/-aufbau</li> <li>- Heranführung neuer Kooperationspartner an NHA-Raum gewinnt an Bedeutung (v.a. für Krisenmanagement)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bleibt wichtig</li> <li>- Möglicherweise Zweiteilung: USA betont Kampf gegen Terrorismus, Europa eher Friedenserhaltung</li> <li>- Option: Ausdehnung auf Bereich des Heimatschutzes unter dem Aspekt Terrorismusbekämpfung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gewinnt an Bedeutung für Heranführung neuer Mitglieder</li> <li>- Inhaltliche Ausdehnung auf den gesamten Sicherheitssektor</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wird wesentlich erschwert</li> <li>- Risiko der Standardisierungsasymmetrie</li> <li>- G6-Staaten werden zwar NATO-Standards anwenden, diese aber kaum weiterentwickeln</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bleibt für EU angesichts der Risikolage sehr wichtig, so dass diese die Programme weiterführt</li> <li>- Schwerpunkt auf Interventionsfähigkeit und Krisenmanagement</li> </ul>
<b>Unterstützung ziviler Behörden</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Über EU abgewickelt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Denkbar, soweit Kampf gegen Terrorismus unterstützt wird</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Über EU abgewickelt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Keine NATO-Aufgabe</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Schwergewicht liegt bei EU</li> </ul>
<b>Kooperationsprogramme</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gewinnen im Umgang mit neuen Regionen (z.B. Afrika, Asien) an Bedeutung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fraglich, ob Kooperationspartner sich daran noch beteiligen wollen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bleiben wichtig, vor allem für Kooperation nach 2015</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verliert an Bedeutung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Schwergewicht liegt bei EU, die Programme weiterführt</li> <li>- Inhaltliche und geografische Konzentration zu erwarten</li> </ul>

Abbildung 2: Aufgaben der NATO in den fünf Szenarien

## DIAS ANALYSIS

- |   |  |               |
|---|--|---------------|
| 1 | Rainer Winkler<br>Die Irak-Krise im Bundestagswahlkampf 2002   | August 2003   |
| 2 | Rouven Klein<br>Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP): Finalität europäischer Integration und Projekt dauerhaften Friedens. Eine Konzeption auf der Grundlage der Zivilisierungstheorie von Dieter Senghaas | Oktober 2003  |
| 3 | Michaela Hertkorn<br>Warum die deutsch-amerikanischen Beziehungen von zentraler Bedeutung für das atlantische Bündnis sind: Deutschlands theoretische Rolle in der Mitte Europas   | November 2003 |
| 4 | Heiko Borchert<br>Linking Corporate Governance with Good Governance: An Increasingly Important Foreign Policy Task   | Dezember 2003 |
| 5 | Heiko Borchert und Daniel Maurer<br>Baukasten, Ablösung oder Neubeginn? Fünf Szenarien zur Zukunft der NATO  | Januar 2004   |

*DIAS ANALYSIS stehen über [www.dias-online.org/analysis](http://www.dias-online.org/analysis) zum Download zur Verfügung.*

### **Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik**

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Sicherheitskonferenz sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2004, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik, Universitätsstrasse 1, D-40225 Düsseldorf, [www.dias-online.org](http://www.dias-online.org)